



Sozialdemokratische Partei
Kanton Bern



Grosse Herausforderungen und Chancen für den Kanton Bern

Christine Häslér, Fraktionspräsidentin Grüne, Grossrätin

Die rot-grüne Regierung kann für die erste Halbzeit der Legislatur einen beachtlichen Leistungsausweis vorweisen. Für die zweite Halbzeit stehen nicht minder wichtige Aufgaben an – mit viel Potenzial und grossen Herausforderungen für den Kanton Bern.

Eigentlich boten die vergangenen zwei Jahre mit Wirtschafts- und Währungsfrage, provokativen politischen Machtproben der bürgerlichen Parlamentsmehrheit und fehlenden finanziellen Mitteln wenig Grund zur Hoffnung auf gute Resultate. Umso wertvoller ist nach dieser ersten Halbzeit mit schwierigen Rahmenbedingungen die Tatsache, dass wir in der rot-grünen Regierungspolitik auf viele Erfolge zurückblicken können. Der Regierungsrat hat in den vergangenen zwei Jahren aber nicht nur viele wesentliche Ziele erreicht, er hat gleichzeitig auch zahlreiche wichtige Projekte mit viel Potenzial für den Kanton Bern in Angriff genommen.

Finanzpolitik

Bereits im bilanzierenden Teil dieser Medienkonferenz war die Finanzpolitik ein zentrales Thema – sie wird es in den nächsten Jahren bleiben. Die finanziellen Aussichten für die kommenden Jahre sind rabenschwarz bzw. tiefrot. Es ist offensichtlich, dass die voreiligen Steuersenkungen von 2010 schlicht und einfach nicht finanzierbar waren und es weiterhin nicht sind. Umso mehr erwarten Grüne und SP vom Regierungsrat, dass er sich geschlossen und klar gegen Projekte stellt, welche zu Ertragsausfällen für den Kanton Bern führen, sei dies der Gegenvorschlag zur Initiative „Faire Steuern – Für Familien“, der Volksvorschlag zu den Motorfahrzeugsteuern oder die Initiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer. Darüber hinaus kann es nicht angehen, dass die drohenden Fehlbeträge der kommenden Jahre einseitig mit Sparmassnahmen aufgefangen werden. Im Sinne der vom Regierungsrat in den letzten sechs Jahren betriebenen verantwortungsvollen Finanzpolitik sind ebenso die Inkaufnahme einer beschränkten Neuverschuldung und/oder ertragsseitige Massnahmen ins Auge zu fassen. Wohin eine rein ausgabenseitig orientierte Finanzpolitik führt, haben wir letztes Jahr mit dem Lektionenabbau bei der Volksschule und im Bereich Spitex (und vielen anderen Orten) vorgeführt erhalten. Diese Massnahmen gingen aus Perspektive der Grünen und der SP klar über die Grenze des Vertretbaren hinaus. Weitere Sparmassnahmen, namentlich im Bildungsbereich und bei den sozialen Angeboten, trägt es nicht mehr. Der öffentliche Widerstand gegen den Lektionenabbau an der Volksschule zeigt auch auf, dass dies von der Gesellschaft nicht mehr akzeptiert wird.

Futura – Gesamtrevision kantonale Pensionskassengesetze

Das von Regierungsrat Bernhard Pulver geleitete Projekt Futura wird die nächsten Jahre personal- und finanzpolitisch prägen. Mittlerweile geht es dabei um weit mehr als bloss den vom Grossen Rat gewünschten Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat. Erstens müssen die beiden öffentlich-rechtlichen Pensionskassen des Kantons aufgrund einer BVG-Teilrevision entweder in Teilkapitalisierung mit Staatsgarantie oder in einem Vollkapitalisierungs-System geführt werden; die Unterdeckung beläuft sich momentan auf rund 3 Mrd. Franken und wird die Systemwahl beeinflussen. Und zweitens scheint bei beiden Kassen eine Reduktion des technischen Zinssatzes notwendig, was Kosten von approximativ 1,7 Mrd. Franken auslösen wird. Angesichts dessen ist der Primatwechsel, welcher zu Übergangskosten von rund 500 Mio. Franken führen würde, bloss noch ein Teilelement in einem komplexen Riesenprojekt. Für die Grünen und die SP ist klar, dass die Umgestaltungen bei den beiden Pensionskassen auf eine personalverträgliche Art und Weise realisiert werden müssen. Die Konkurrenzprobleme des Kantons Bern auf dem Arbeitsmarkt (Löhne, Anstellungsbedingungen)

würden massiv verschärft, wenn die Neuordnung der beruflichen Vorsorge einseitig zulasten der Arbeitnehmenden ginge. Klar ist für SP und Grüne auch, dass bei einem allfälligen Primatwechsel eine faire Übergangsregelung die unterschiedlichen Sparverläufe bei Leistungs- und Beitragsprimat kompensieren muss.

Stipendienwesen

Seit 2006 gilt im Kanton Bern ein neues Stipendiengesetz. Heute zeigt sich, dass die Stipendien deutlich zu tief angesetzt sind und die Existenzsicherung nicht gewährleisten. Dies führt dazu, dass Personen in Ausbildung statt auf Stipendien zum Teil auf Sozialhilfe zurückgreifen müssen. Mittlerweile hat auch die Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe dieses Thema angegangen. Ziel sollte sein, das Stipendienwesen und die Sozialhilfe zu harmonisieren und zu gewährleisten, dass junge Erwachsene in Ausbildung ihren Lebensunterhalt mit Stipendien sichern können. Hierzu besteht gerade im Kanton Bern Handlungsbedarf. SP und Grüne erwarten, dass der Regierungsrat in den nächsten zwei Jahren Vorschläge unterbreitet, wie die Probleme im Stipendienwesen gelöst werden können.

Lebensgrundlagen und Solidarität verbessern

Als erster Kanton überhaupt wird der Kanton Bern demnächst sein Aktionsprogramm Biodiversität auswerten. Ökologisch wertvolle Flächen und Vernetzung werden erhalten und gestärkt. SP und Grüne fordern, dass die diesbezüglichen Anstrengungen weitergeführt und wo nötig ausgebaut werden. Das Parlament wird zu beurteilen haben ob das 2011 in Kraft getretene Gesetz über die Förderung des preisgünstigen Mietwohnungsangebots (PMG) weitergeführt werden soll. Aus Sicht von SP und Grünen bewähren sich die im PMG vorgesehenen Massnahmen und müssen unbedingt weitergeführt werden – zu prüfen wäre sogar ein Ausbau, der die Realisierung preisgünstiger Wohnungen weitergehend unterstützen würde.